

An die
Vorsitzende der Ständigen Publikumskonferenz
der öffentlich-rechtlichen Medien e. V.
Frau Maren Müller
Hofer Straße 20 a
04317 Leipzig

10. Juni 2016

Ihr Schreiben

Sehr geehrte Frau Müller,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 9. Mai 2016, in dem Sie den Artikel „Gefährliche Spiele im Schwarzen Meer“ auf tagesschau.de kritisieren.

Ich habe die verantwortliche Redaktion von ARD-aktuell gebeten, Ihre Kritikpunkte zu prüfen und dazu Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahme finden Sie im Anhang zu meinem Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen

Lutz Marmor

Anlage

Stellungnahme von ARD-aktuell
zu dem Schreiben von Frau Maren Müller vom 09.05.2016
zu der Berichterstattung von tagesschau.de:
„Gefährliche Spiele im Schwarzen Meer

In ihrem Schreiben vom 09.05.2016 kritisiert Frau Müller einen Artikel der tagesschau.de-Autorin Silvia Stöber über den Konflikt zwischen Russland und der NATO vom 05.05.2016, der auf tagesschau.de unter diesem Link abrufbar ist:

<http://www.tagesschau.de/ausland/russland-nato-101.html>

Dieser Artikel enthalte „wertende, spekulative und parteiische Positionen, die sowohl dem Gebot der Trennung von Kommentar und Nachricht widersprechen, als auch Tendenzen aufzeigen, die nicht dazu geeignet sind die Völkerverständigung in dem Maße zu fördern, die der Rundfunkstaatsvertrag vorsieht.“

Frau Müller führt weiter aus, dass die Autorin im Ruf stehe, „als Vorfeldexpertin explizit antirussischer Berichterstattung zu fungieren“, ohne dies jedoch näher zu begründen. Der Artikel sei „Kriegspropaganda“. Außerdem kommentiert und bewertet Frau Müller insgesamt sieben Passagen des Artikels, wobei eine konkrete Kritik an Formulierungen und Aussagen nicht immer explizit formuliert wird.

ARD-aktuell hat sich den Artikel auf die Programmbeschwerde hin noch einmal angeschaut.

Grundsätzlich gibt es aus Sicht der Redaktion weder an dem konkreten Artikel noch an der Arbeit von Frau Stöber etwas auszusetzen. Der Artikel beschreibt detailliert den Konflikt zwischen der NATO und Russland, skizziert Konfliktursachen und Konfliktpotenziale und stellt die jeweiligen Interessen der beteiligten Länder und Organisationen dar. Der Vorwurf, der Artikel sei „Kriegspropaganda“, ist aus Sicht von ARD-aktuell nicht gerechtfertigt.

Frau Stöber arbeitet bereits seit zehn Jahren als freie Mitarbeiterin für tagesschau.de. Ihre Artikel und Reportagen veröffentlicht sie u.a. auch in der Neuen Zürcher Zeitung, dem Tagesspiegel oder im Deutschlandfunk. Außerdem ist sie immer wieder u.a. für die Heinrich Böll Stiftung tätig. In den vergangenen Jahren hat sie mehrere Stipendien erhalten, diese haben ihr u.a. Recherchereisen nach Osteuropa, Gespräche mit Experten vor Ort oder Tätigkeiten als Gastredakteurin ermöglicht. Dadurch konnte sie sich ein unabhängiges und umfangreiches Bild der Lage dort machen. Über eine einfache Archiv-Suche auf tagesschau.de findet man in einem Interview mit Frau Stöber auch entsprechende Angaben zu ihrer Person:

<http://www.tagesschau.de/ausland/oestliche-partnerschaft-interview-101.html>

Den Vorwurf, Frau Stöber fungiere als „Vorfeldexpertin der antirussischen Berichterstattung“ weist ARD-aktuell als Unterstellung zurück.

Zur Kritik und den Kommentaren im Einzelnen:

1. Es sei falsch, so Frau Müller, von einer „Eroberung“ der Krim durch Russland zu sprechen. Im Artikel heißt es: „Dass Russland sonst auch zu militärischen Mitteln greift und Grenzen verrückt, hatte es mit der Eroberung der ukrainischen Schwarzmeeralbinsel Krim im März 2014 gezeigt.“ Völkerrechtlich sei der Vorgang jedoch als „Sezession“ zu bewerten, so Frau Müller. Außerdem würden die geschichtlichen Wurzeln der Krim mit Russland übersehen, ebenso die Unabhängigkeitsbestrebungen der Krim sowie das Referendum mit dem Ziel der Eingliederung der Krim in die russische Föderation, so die Beschwerdeführerin.

Über die völkerrechtliche Bewertung hat ARD-aktuell bereits ausführlich berichtet. Fakt ist: Die Annexion wurde von der UN-Vollversammlung mit großer Mehrheit verurteilt. Die Ukraine selbst hat dem Anschluss der Krim an Russland nie zugestimmt. Georg Nolte, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht an der Humboldt-Universität Berlin und Mitglied der Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen führte zu den Vorgängen aus: „Man kann die russische Militäraktion nicht von der Volksabstimmung trennen. Einen Abspaltungsversuch, der durch die Bajonette einer fremden Gewalt veranlasst und ermöglicht wird, darf man nicht anerkennen.“ (s. <http://www.tagesspiegel.de/politik/ukraine-hat-die-krim-ein-recht-auf-abspaltung/9602184.html>)

Frau Stöber ergänzt dazu: „Ich verweise auf die TV-Dokumentation des russischen Staatssenders Rossija 1 im März 2015, ein Jahr nach Annexion der Krim. Demnach hat Präsident Putin bereits vor dem Referendum auf der Krim am 16. März 2014 einen Plan für die Annexion ausarbeiten lassen. Er habe am 23.02.2014 gegen 7.00 Uhr seinem Stab mitgeteilt: „Wir sind gezwungen, die Arbeit an der Rückkehr der Krim in den Bestand Russlands zu beginnen.“

<http://www.dw.com/de/wie-putin-die-r%C3%BCckkehr-der-krim-befahl/a-18303506> Die Dokumentation im Original:

https://russia.tv/video/show/brand_id/59195/episode_id/1180834/video_id/1147633/viewtype/picture/

Bei einem Jugendforum sagte der russische Präsident Putin: „Rund um die Krim-Ereignisse haben alle gefühlt und verstanden, dass wir die historische Gerechtigkeit wiederherstellen müssen, die durch die illegale Übergabe der Krim an die Ukraine verletzt wurde.“

http://www.deutschlandfunk.de/russland-putin-raeumt-befehl-zur-krim-annexion-ein.1766.de.html?dram:article_id=313816

2. Die Autorin, so der Vorwurf von Frau Müller, würfele Daten, Ereignisse, Ursachen und Wirkung „munter durcheinander“. Dabei bezieht sich die Petentin auf den Satz: „Dieser mit Effizienz geführte Einsatz führt nochmals vor Augen, dass Russland 2014 eine sicherheitspolitische Wende eingeleitet hat, auf den die NATO eine grundlegende und langfristige Antwort geben muss.“ Die Autorin übersehe dabei, „dass in der fraglichen Zeit der vom Westen orchestrierte Putsch samt finanzieller und militärischer Unterstützung in der Ukraine stattfand“. Die „sicherheitspolitische Wende Russlands“ sei eine legitime Antwort auf den Ukraine Konflikt. Dazu erklärt die Autorin, Frau Stöber: „Man könnte auch schon 2008 von einer Wende sprechen, mit dem Krieg in Georgien, den der georgische Präsident Michail Saakaschwili mit seinem Befehl zur Erstürmung Zchinwalis ausgelöst hat, bei dem die russische Armee aber unverhältnismäßig vorging und Gebiete über die abtrünnigen Gebiete hinaus besetzt hat, wie im Tagliavini-Report festgehalten ist.“

http://www.mpil.de/files/pdf4/IIFFMCG_Volume_I2.pdf

Russland hat im März 2014 aber insofern eine Wende eingeleitet, als es eine international anerkannte Grenze verschoben und damit den Anspruch auf eine privilegierte Einflusszone auch militärisch umgesetzt hat. Die NATO wiederum hat bei ihrem Gipfel sechs Monate später in Wales Beschlüsse zu einer Verstärkung ihres Engagements in den östlichen NATO-Staaten gefasst: http://www.nato.int/cps/de/natohq/official_texts_112964.htm NATO-Generalsekretär Philip Breedlove sprach Ende März 2016 von einem Wandel der Doktrin von Sicherheit auf Abschreckung. Die Entsendung einer Panzerbrigade nach Osteuropa findet Anfang 2017 statt.

<http://www.tagesspiegel.de/politik/neue-doktrin-nato-schaltet-mit-neuer-panzerbrigade-in-osteuropa-von-sicherheit-auf-abschreckung/13388866.html>

<http://www.tagesschau.de/ausland/usa-panzerbrigade-101.html>

Was den vom Westen orchestrierten ‚Putsch‘ in der Ukraine angeht, so ist das Zitat von Obama in Fußnote 4 (Der Freitag) aus dem Zusammenhang gerissen. Gemeint sind die Verhandlungen mit

der Regierung des damaligen ukrainischen Präsidenten Janukowitsch für eine friedliche Lösung der Krise in der Ukraine, die täglich mehr und mehr außer Kontrolle geriet.“

3. Frau Müller widerspricht der Sicht der Autorin, dass es ein gemeinsames Interesse von NATO und Russland ist, „das Risiko einer direkten Konfrontation gering zu halten.“ Dies sei angesichts der faktischen NATO-Osterweiterung eine „kühne Behauptung“, so die Petentin. Die Autorin führt dazu aus: „Es gab kein Versprechen, die NATO nicht nach Osteuropa zu erweitern. Es gab 1990 nur eine Zusage, dass auf dem Gebiet der ehemaligen DDR keine NATO-Truppen aus anderen Staaten der Allianz stationiert würden. Das war es, was US-Außenminister James Baker meinte, wie der damalige Vizedirektor der Abteilung zur Sowjetunion im Außenministerium, Steven Pifer, erklärt. Auch Gorbatschow bestätigte dies. Das gilt ebenso für die Ansprache von NATO-Generalsekretär Manfred Wörner. <http://www.brookings.edu/blogs/up-front/posts/2014/11/06-nato-no-promise-enlarge-gorbachev-pifer> Der Warschauer Pakt/Vertrag bestand noch bis 1991, weshalb das Thema einer NATO-Osterweiterung zu dieser Zeit außerhalb jeglicher Diskussion stand.

Die NATO-Erweiterung erfolgte nicht in Form einer aggressiven Expansionspolitik. Alle neu aufgenommenen Staaten haben ihre Mitgliedschaft selbst beantragt und wurden daraufhin aufgenommen. Den baltischen Staaten oder auch Polen geht es explizit um einen Schutz innerhalb der NATO. Eine Erweiterung der NATO um Georgien und die Ukraine hat US-Präsident Obama im April 2014 für eine absehbare Zeit ausgeschlossen. ‚Weder die Ukraine noch Georgien sind derzeit auf dem Weg zur NATO-Mitgliedschaft‘, sagte er damals in Brüssel. Dies, obwohl beiden Staaten 2014 beim Gipfel in Bukarest die Mitgliedschaft versprochen wurde. <http://www.tagesschau.de/ausland/nato-ukraine-georgien100.html>“

4. Sodann kritisiert die Beschwerdeführerin den folgenden Absatz des Artikels: „Daneben reaktiviert die NATO das Konzept der Abschreckung. Denn so sagt es beispielsweise der litauische Außenminister Linas Linkevicius: Russland lässt sich nur durch Militärpräsenz beeindrucken und von Absprachen überzeugen.“ Vielmehr, so Frau Müller, sei Abschreckung ein Euphemismus für die Entwicklung: „In Wirklichkeit könnte man von einer Einkesselung Russlands sprechen, wenn nicht sogar von einer Strangulierung“, so die Petentin. Dazu führt die Autorin aus: „Gäbe es eine Einkesselung und Strangulierung Russlands, wäre die russische Armee nicht in der Lage, Militärbasen in Zentralasien wie in Kirgistan und Tadschikistan auszubauen: <http://www.tagesschau.de/ausland/russland-zentralasien-afghanistan-101.html> Die russische Armee wäre dann ebenfalls nicht in der Lage, ihre militärische Präsenz in Armenien aufrecht zu erhalten und auszubauen: <http://www.tagesschau.de/ausland/russland-tuerkei-117.html>

Die russische Armee könnte dann auch nicht ihre Militärbasen in Abchasien und Südossetien mit zusammen etwa 10.000 Soldaten betreiben - dies entgegen den Vereinbarungen mit der EU im Jahre 2008: <http://www.tagesschau.de/ausland/steinmeier-in-georgien100.html> Russland wäre desweiteren nicht in der Lage gewesen, die Krim zu annektieren und dort ebenfalls seine Militärpräsenz auszubauen und über das Schwarze Meer den Militäreinsatz in Syrien vorzubereiten. Auch wäre es nicht möglich, dass russische Kämpfer in der Ostukraine aktiv wären. Ebenso gäbe es keine Truppenpräsenz in der von Moldau abtrünnigen Region Transnistrien. Nicht zu vergessen das Kaspische Meer, in dem Russland neben dem Iran die vorherrschende Militärmacht ist.“

5. Frau Müller kritisiert ferner die Ausführungen zur NATO-Präsenz in den östlichen Mitgliedstaaten. So habe US-General Breedlove bereits Ende März angekündigt, dass ab 2017 „dauerhaft eine Panzerbrigade mit 4200 Mann in Osteuropa stationiert würde“, so die Beschwerdeführerin. Dazu erklärt Frau Stöber: „Die Panzerbrigade wird, wie in Fußnote 6 aufgeführt, rotierend in verschiedenen osteuropäischen Ländern stationiert. Was mit ‚substanziell‘ genau gemeint ist, wurde nicht in Zahlen festgelegt, wie man im Link der Fußnote 7 nachlesen kann: http://www.nato.int/cps/de/natohq/official_texts_25468.htm“

6. Schließlich kritisiert Frau Müller, dass in dem o.g. Artikel nicht nach der Entstehung des georgisch-russischen Konflikts gefragt wird. Der russisch-georgische Konflikt ist jedoch nicht Thema des Artikels.

7. In ihrem letzten Punkt bemerkt Frau Müller, dass der im Artikel beschriebene Fall um die havarierte USS Taylor „noch harmlos“ war „im Vergleich zu Manövern am Rand russischer Hoheitsgewässer, welche die Gefahr für einen Weltkrieg geradezu provizierten.“ Ein konkretes Beispiel, welche NATO- oder US-Manöver sie meint, nennt sie aber nicht.

ARD-aktuell folgt der Argumentation seiner Autorin Frau Stöber und kann weder in der Gesamtschau noch im Detail bei o.g. Artikel einen Verstoß gegen den Rundfunkstaatsvertrag erkennen. Den Vorwurf, der Artikel enthalte „wertende, spekulative und parteiische Positionen“ weist ARD-aktuell daher zurück.



06.06.2016
Christiane Krogmann